



Susanne Kastner, MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-7332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

„Ideen und Konzepte sind gefragt“

"Mit großem Bedauern habe ich die Nachricht über die Schließung des Standortes Mellrichstadt vernommen" so **Susanne Kastner**, Bundestagsvizepräsidentin und Abgeordnete aus Maroldsweisach.

Im Vorfeld der Standortschließung wurden zahlreiche Gespräche mit Verteidigungsminister Dr. Peter Struck und Staatssekretär Walter Kolbow geführt. Doch wie von Seiten des Ministeriums betont wurde, muss sich die Bundeswehr der neuen Bedrohungslage anpassen. Die Hauptaufgaben der Bundeswehr bestehen nun im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und in out-of-area-Einsätzen. Um diesem gerecht zu werden, werden von den bisherigen 15 Panzergrenadierbattalionen nur 7 bestehen bleiben.

„Ich begrüße es, dass die Standorte Wildflecken und Hammelburg erhalten bleiben und ihre wichtige Arbeit auch in Zukunft fortsetzen können.“

In ganz Bayern bleiben 68 Standorte bestehen und der Freistaat bleibt somit ein wichtiges Stationierungsland der Bundeswehr.

"Es versteht sich von selbst, dass es für keine Region leicht ist, wenn ein Standort geschlossen wird." sagte Susanne Kastner.

Gerade unsere Region wurde in der Vergangenheit bereits stark durch den Abzug der Amerikaner und die Schließung der Balthasar-Neumann-Kaserne betroffen. Wie Verteidigungsminister Struck gegenüber Susanne Kastner versicherte, waren allein militärische und militärisch-wirtschaftliche Argumente bei der Entscheidung ausschlaggebend. "Die Bundeswehr muss sich der neuen Bedrohungslage anpassen und für die Herausforderungen von heute und von morgen fit gemacht werden, so schmerzlich die Entscheidung für die einzelnen Standorte auch sein mag", so Susanne Kastner.

Wichtig ist es nun, möglichst schnell eine sinnvolle Nachnutzung der Einrichtung anzustreben und für die Angestellten und die Soldatinnen und Soldaten eine sozial verträgliche Lösung zu finden. „Ich werde mich mit allen Kräften dafür einsetzen, dass die Konversion des Standortes die g.e.b.b. (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH) übernimmt. Sie allein ist ein Garant dafür, dass die Nachnutzung für die Region betriebswirtschaftlich sinnvoll und in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gestaltet wird.“

„Das Wichtigste ist heute: Ideen ausarbeiten. Dabei sind alle gefragt, an der raschen Ausarbeitung neuer, innovativer Nutzungsmöglichkeiten mitzuwirken. Ob Landrat, Bezirksrat, Bürgermeister, Stadtrat oder Abgeordneter, wir alle müssen unabhängig von unserer politischen Orientierung jetzt an einem Strang ziehen.“